

Geschäftsbericht 2017

Sparda-Bank Südwest eG

»Gemeinsam sind **WIR**
mehr als eine Bank.«

Gemeinschaft zählt – danke!

Gemeinsam mehr erreichen – das ist die genossenschaftliche Idee, der wir uns verschrieben haben. Viele Menschen teilen diese traditionellen Werte der Genossenschaft mit uns. Dafür sind wir dankbar: Wir bedanken uns ganz herzlich bei unseren Kundinnen und Kunden für ihr Vertrauen. Es spornt uns immer wieder an, unter Beweis zu stellen, dass wir die beste Bank für Privatkunden sind! Wir danken auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Mitgliedervertreterinnen und -vertretern, den Mitgliedern des Betriebsrats und des Aufsichtsrats sowie unseren Kooperationspartnern, Dienstleistern und dem Verband der Sparda-Banken für die vertrauensvolle, engagierte Zusammenarbeit. Danke für diese starke Gemeinschaft!

Der Vorstand der Sparda-Bank Südwest



Inhalt

Geschäftsgebiet	4
Vorwort des Vorstands	5
Mitbestimmung	7
Kreditspezialist für die Region	9
Filialen und Digitalisierung	11
Gemeinschaft erleben	12
Ausbildung und Karriere	14
Wir gratulieren!	15
Immer bestens informiert	17
Soziales Engagement	19
Starke Partner	21
Lagebericht 2017	23
Geschäftsverlauf	24
Darstellung der Lage der Bank	32
Erklärung zur Unternehmensführung	35
Risiken der künftigen Entwicklung	35
Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken	38
Bericht des Aufsichtsrats	41
Jahresabschluss 2017	43
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	59

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, wurde teilweise auf die zusätzliche Formulierung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit der Entwicklung im Geschäftsjahr 2017 sind wir sehr zufrieden. Trotz der anhaltenden Herausforderungen für die gesamte Finanzbranche, wie Niedrigzinsen und zunehmender Regulatorik, konnte die Sparda-Bank Südwest ein solides Ergebnis erwirtschaften. Wir haben im vergangenen Jahr sowohl in den Umbau von Filialen und neuen Schließfachanlagen als auch in die Entwicklung digitaler Serviceangebote investiert. Die Nähe zu unseren Kunden ist uns wichtig, wir halten an unserem Filialkonzept fest.

Ein wichtiger Unterschied: Mitbestimmung und Mitgliederförderung

Wir sind die beste Bank für Privatkunden, auch deshalb, weil wir ausschließlich im Privatkundengeschäft tätig sind. Die Sparda-Bank Südwest gehört nicht anonymen Aktionären, sondern ihren Mitgliedern. Mehr als 511.000 Mitglieder in Rheinland-Pfalz und im Saarland vertrauen der Sparda-Bank Südwest. Die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder ist der Zweck unseres Unternehmens. Um die Aufgabe der Mitgliederförderung wahrnehmen zu können, müssen wir wirtschaftlich erfolgreich agieren. Zu unserem Kerngeschäft zählt die Kreditvergabe. Damit Banken Kredite vergeben können, müssen sie ausreichend Eigenkapital vorhalten.

Solide aufgestellt – jetzt und in Zukunft

Die gesetzlichen Vorgaben für die Eigenkapitalquote sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Die Sparda-Bank Südwest ist hier aktuell und für die Zukunft bestens aufgestellt! Wir können alle Anforderungen an das Eigenkapital mehr als erfüllen.

Kreditspezialist Nummer 1 für Privatkunden in Rheinland-Pfalz und im Saarland

2017 wurden bei der Sparda-Bank Südwest im Geschäftsgebiet insgesamt rund 1,1 Milliarden Euro Kredite neu zugesagt. Diese Zahl setzt sich zusammen aus Baufinanzierungen und aus Krediten zu Konsumzwecken. Wir sind der Kreditspezialist in der Region. Bei uns wird der Kunde individuell beraten und während der gesamten Finanzierungsdauer kompetent betreut. Gute Beratung ist den Kundinnen und Kunden auch bei Fragen der Geldanlage wichtig. Trotz niedriger Zinsen konnten wir im vergangenen Jahr bei den Kundeneinlagen einen Zuwachs verzeichnen.

Soziales Engagement in der Region

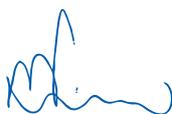
Die Sparda-Bank Südwest hat 2017 mit dem Gewinnspareverein der Sparda-Bank Südwest e.V. und der Stiftung Kunst, Kultur und Soziales der Sparda-Bank Südwest eG gemeinnützige Projekte und Institutionen in Rheinland-Pfalz und im Saarland mit einer Gesamtsumme von mehr als 2 Millionen Euro unterstützt.

Wir setzen weiter auf die genossenschaftliche Idee und freuen uns, wenn Sie ein Teil unserer starken Gemeinschaft sind, denn gemeinsam kann man mehr erreichen als alleine.

Der Vorstand der Sparda-Bank Südwest



Hans-Jürgen Luchtenborg
Vorstandsvorsitzender



Michael Becky
Stellv. Vorstandsvorsitzender



Manfred Stang



Karin Schwartz



Von links nach rechts, hinten: Uwe Gohr, Michael Hattemer, Michael Schneider, Karl Born, Hugo Müller, Erhart Theuermeister, Wolfgang Pfaff, Mitte: Ernst Scharbach, Ralf Damde, Thomas Huck, Ruben Schölles, Pia Puhl, Ulrich Möhler, Reinhold Rüdeshiem, vorne: Manfred Stang (Vorstandsmitglied), Michael Becky (stellv. Vorstandsvorsitzender), Karin Schwartz (Vorstandsmitglied), Hans-Jürgen Luchtenborg (Vorstandsvorsitzender), Helmut Trierweiler (Aufsichtsratsvorsitzender)

Mitbestimmung

Die zentrale Aufgabe der Sparda-Bank Südwest als Genossenschaftsbank ist die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder. Als Mitglieder sind die Kunden der Sparda-Bank gleichzeitig Eigentümer ihrer Bank. Sie haben einen Genossenschaftsanteil erworben und damit gehört ihnen ein Teil der Sparda-Bank Südwest. Die Interessen der Mitglieder werden von 305 gewählten Mitgliedervertretern wahrgenommen. Alle fünf Jahre finden die Vertreterwahlen statt.

Zu den Aufgaben der Mitglieder der Vertreterversammlung gehört die Wahl von zehn Mitgliedern des Aufsichtsrats. Weitere fünf Mitglieder des Aufsichtsrats sind Arbeitnehmervertreter und werden von den Mitarbeitern der Sparda-Bank Südwest gewählt. Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand, der die Geschäfte führt.

Aufsichtsrat:

Am 22. Juni 2017 fand in Mainz im Rahmen der Vertreterversammlung die Aufsichtsratswahl statt. Turnusgemäß schieden die Herren Hugo Müller und Helmut Trierweiler aus dem Gremium aus. Beide stellten sich zur Wiederwahl und wurden im Amt bestätigt. Frau Gabriele Pirierros schied nach 20-jähriger Tätigkeit aus dem Aufsichtsrat aus. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Herr Ruben Schölles. In seiner anschließenden konstituierenden Sitzung wählte der Aufsichtsrat Herrn Helmut Trierweiler erneut zum Aufsichtsratsvorsitzenden sowie die Herren Uwe Gohr und Hugo Müller zu stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Auf dem Foto links sehen Sie die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands der Sparda-Bank Südwest.

Vorstand:

Hans-Jürgen Luchtenborg Vorstandsvorsitzender	Kommunikation & Marketing, Strategisches Personalmanagement, Organisation & Service
Michael Becky Stellv. Vorstandsvorsitzender	Vertrieb, Handel
Manfred Stang	Qualitätsmanagement & Controlling, Personalverwaltung & Finanzen, Interne Revision, Compliance Management
Karin Schwartz	Produktion & Kundenservice, Projektmanagement Digitale Bank, Zentrale Stelle Dokumentationsqualität & Produktivität



Sparda-Vertreterversammlung



Kreditspezialist für die Region

Egal um welchen Anlass für eine Finanzierung es geht – die Sparda-Bank ist der Kreditspezialist und deshalb für Privatkunden in unserer Region der beste Ansprechpartner! Nicht nur für Neubauten oder den Kauf von Wohnungen werden Kredite genutzt, auch für Modernisierungsmaßnahmen oder energetische Sanierungen besteht Finanzierungsbedarf. Wenn ein neues Auto benötigt wird oder andere größere Wünsche anstehen, kann eine Finanzierung ebenfalls sinnvoll sein.

Welcher Kredit für welches Vorhaben der richtige ist, hängt auch von der persönlichen Lebenslage ab. Bei uns wird der Kunde individuell beraten und während der gesamten Finanzierungsdauer kompetent betreut. Die wirtschaftliche Förderung unserer Mitglieder haben wir auch hier im Blick. Dauerhaft das Girokonto zu überziehen, ist beispielsweise nicht sinnvoll. Da gibt es günstigere Alternativen. In einem solchen Fall raten wir zu einer Kontoumschuldung und sprechen Kunden, deren Konten längerfristig ins Minus gehen, aktiv an.

In den Bereichen Finanzierung, Versicherung und Bausparen arbeiten wir mit Kooperationspartnern zusammen, die wir schon lange kennen und denen wir vertrauen. So können wir unseren Kundinnen und Kunden für die Verwirklichung ihrer Wünsche das beste Gesamtpaket anbieten.





Filialen und Digitalisierung

Filialen und Digitalisierung: Beides ist für uns und unsere Kunden von enormer Wichtigkeit und in beide Bereiche haben wir im vergangenen Jahr wieder investiert.

Es gibt Themen, die besprechen unsere Kundinnen und Kunden nach wie vor am liebsten in diskreter Atmosphäre direkt von Mensch zu Mensch. Das ist bei Baufinanzierungen so, weil es dabei in der Regel um Summen geht, wie man sie oft nur einmal im Leben braucht. Das gilt ebenfalls für den Abschluss einer individuell zugeschnittenen Versicherungslösung. Das vertrauensvolle Treffen mit einem persönlichen Berater ist auch dann sinnvoll, wenn es um das Thema Geldanlage geht – weil Menschen mit ihren sehr unterschiedlichen Zielen und Möglichkeiten hierbei besonders viel kompetente Unterstützung für die richtige Entscheidung brauchen. Deshalb setzen wir nach wie vor auf unser Filialnetz, um nah bei unseren Kunden zu bleiben.

Gleichzeitig lassen sich heute viele Bankgeschäfte online erledigen. Wir setzen mit den modernen SpardaApps darauf, diese Prozesse dort aktiv anzubieten, wo sie für unsere Kunden einen deutlichen Nutzen bringen. Wir verstehen uns als Filialbank, die ihren Kunden zusätzlich alle Zugangswege bietet, die sie für digitale Bankgeschäfte brauchen.



Gemeinschaft erleben

Zu den genossenschaftlichen Werten zählen Respekt, Umgang auf Augenhöhe, Solidarität und Gemeinschaftssinn. Uns ist wichtig, dass all das in der Sparda-Bank erlebbar ist – im Umgang mit unseren Kundinnen und Kunden genauso wie im Umgang miteinander.

In 44 Filialen in unserem Geschäftsgebiet und an zwei Betriebsstandorten in Mainz und Saarbrücken arbeiten bei uns rund 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bei uns trägt jeder im Unternehmen mit seinen Stärken und Ideen zum Erfolg bei. So wurde bereits 2014 in der Sparda-Bank Südwest das „Ideenmanagement“ eingeführt, als schlanke, moderne Version des betrieblichen Vorschlagswesens. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit, diese Plattform zu nutzen, um Ideen einzureichen, die sie aus ihrer täglichen Arbeit und ihren Erfahrungen mit anderen Stellen im Haus entwickelt haben. Die Aufgabe des Ideenmanagements liegt darin, den kontinuierlichen Verbesserungsprozess der Bank mitzugestalten.

Zum Erleben von Gemeinschaft tragen auch zahlreiche Aktivitäten im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements bei. Lauftraining, Yoga-Kurs, Beachvolleyball-Turnier und vieles mehr machen zusammen mit Kolleginnen und Kollegen einfach Spaß, stärken das Team und schweißen zusammen.



„Wie muss es in der Sparda-Bank sein, damit es gut ist?“ Das war die Frage, mit der sich 2017 unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der ersten „WIR-Fabrik“ im Rahmen eines Workshops auseinandergesetzt haben.

Die „WIR-Fabrik“ ist ein neues Instrument zur Förderung der Mitarbeiterzufriedenheit, das auf Basis einer Mitarbeiterumfrage, die auf der Betriebsversammlung 2017 stattfand, gemeinsam von Betriebsrat und Vorstand ins Leben gerufen wurde. Damit wollen wir die Mitarbeiterzufriedenheit weiter fördern und regelmäßig anhand von Erhebungen überprüfen.

Als starke Gemeinschaft sorgen wir dafür, dass die Sparda-Bank auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber ist, mit zufriedenen, engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – zum Wohle aller Mitglieder, Kundinnen und Kunden.



Ausbildung und Karriere

Manch einer denkt, wer in einer Bank arbeitet, hat hauptsächlich mit Zahlen und mit Rechnen zu tun, und stellt sich das dann als eine ziemlich trockene Angelegenheit vor. Das Gegenteil ist der Fall! Wer bei der Sparda-Bank arbeitet, hat es tagtäglich in vielen Gesprächen mit Menschen zu tun. Mit ihren Plänen, Wünschen und allen schönen und traurigen Ereignissen, die das Leben mit sich bringt. Wir hören dann zu, informieren, beraten und helfen unseren Kunden dabei, die Dinge in die Tat umzusetzen. Weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Erfolg unserer Genossenschaft so wichtig sind, legen wir besonderen Wert auf ein angenehmes und attraktives Arbeitsumfeld.

Wir investieren in Aus- und Weiterbildung, bieten umfangreiche Sozialleistungen und haben ein betriebliches Gesundheitsmanagement etabliert.

Detaillierte Informationen zu Ausbildung und Karriere gibt es unter:
www.einfachmeinausbildung.de und www.einfachmeinArbeitgeber.de.

Das Geschäftsgebiet der Sparda-Bank Südwest besteht aus sieben Gebietsdirektionen.

Leiterinnen und Leiter der Gebietsdirektionen:

Rainer Klein, Stephan Schlünß und Özcan Yaman	Montabaur/Neuwied
Petra Hahn und Gerd Jobelius	Koblenz/Trier
Jochen Bechtel und Markus Betz	Mainz
Jürgen Engel und Markus Schirra	Saarbrücken/Saarlouis
Benjamin Baudisch und Sylvia Renner	Ludwigshafen
Christoph Arnold und Heiko Mayer	Homburg/Bad Kreuznach
Stefanie Metzger und Dieter Steffens	Kaiserslautern/Neustadt

Prokuristinnen und Prokuristen:

Christine Hoffmann	Direktorin Produktion, Anlage & Geldverkehr
Frank Jakob	Leiter Strategische Stabsstelle Qualitätsmanagement & Controlling
Katharina Marchetti	Leiterin Strategisches Personalmanagement
Klaus-Dieter Merkel	Direktor Produktion, Finanzierung
Tobias Meurer	Direktor Produktion, Finanzierung, Telefonischer Kundenservice
Alexander Rabe	Direktor Unternehmensbereich Organisation & Service, Vorstandsassistent
Reinhard Schmalzbauer	Referent des Gesamtvorstands
Jürgen Töpfer	Leiter Personalverwaltung & Finanzen

Stand: März 2018

Wir gratulieren!

Langjährige Betriebszugehörigkeiten sind bei der Sparda-Bank Südwest keine Seltenheit. Das freut uns, denn es beweist, dass das Arbeiten bei der Sparda-Bank mehr als „nur ein Job“ ist.

Wir gratulieren unseren Jubilarinnen und Jubilaren ganz herzlich und danken gleichzeitig allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und ihre Leistungen im Jahr 2017.

Betriebsjubiläen

10 Jahre	25 Jahre	30 Jahre	40 Jahre
Senta Adams	Anja Assmann	Joachim Alt	Franz Jakob
Christiane Adelsberger	Guido Berger	Richard Ernzerhof	Andrea Schröder
Benjamin Bartel	Daniel Beuthel	Birgit Frenz	
Horst Dengel	Bianca Bieck	Ute Galle	
Sibylle Engelhart	Petra Bosshammer	Christine Hoffmann	
Katja Gerber	Thomas Brecht	Jutta Jacobs	
Mario Jost	Sandra Burg	Bettina Müller	
Alexandra Krull	Heike Dechert	Torsten Schwarz	
Irina Leier	Barbara Ducke	Dieter Steffens	
Anne Makulik	Kerstin Fey	Marion Steffens	
Carina Müller	Stefanie Franke	Winfried Willems	
Christian Rink	Claudia Georg		
Kyra Schäfer	Timo Götz		
Jörg Schlosser	Ramona Hammiche		
Marta Theis	Astrid Hasselbach		
Viktor Wezel	Michael Hattemer		
	Elke Hensgen		
	Sigrid Hoffmann		
	Cornelia Hornig		
	Rüdiger Jüllig		
	Monika Jura		
	Sandra Keller		
	Karin Kirch		
	Ingrid Klein		
	Anette Knobloch		
	Kerstin Licht		
	Andrea Marbe		
	Reiner Melzer		
	Erik Moro		
	Sabine Motsch		
	Elke Nufer		
	Wolfgang Pfaff		
	Sabine Prats-Velez		
	Anja Spintler		
	Martina Voria		
	Karoline Wegener		
	Susanne Wünsche		



Immer bestens informiert

Wir sehen es als unsere Aufgabe, unsere Kunden dabei zu unterstützen, Lösungen für finanzielle Fragen zu finden und gute Entscheidungen zu treffen. Dabei setzen wir auf Transparenz und Information: Kunden sollen Chancen und Risiken kennen und verstehen! Wir leisten neben unserer Beratung einen Beitrag hierzu mit der Herausgabe des Kundenmagazins „sparda aktuell“.

Neben wichtigen Informationen rund ums Thema Finanzen finden unsere Leserinnen und Leser in der „sparda aktuell“ auch Tipps für Haus und Garten, Ausflüge und Sehenswürdigkeiten in der Region, Trends und Neuigkeiten und natürlich alles Wissenswerte rund um unsere Genossenschaft.

Alle zwei Monate erscheint eine neue Ausgabe, die man sich für nur 50 Cent Versandkostenbeitrag je Heft im Abo bequem per Post nach Hause liefern lassen kann. Natürlich kann man sich sein Exemplar auch einfach beim Besuch in der Filiale mitnehmen oder die Online-Ausgabe unter www.sparda-sw.de/kundenzeitung downloaden.

Um immer auf dem Laufenden zu sein, keinen Tipp und kein Gewinnspiel zu verpassen, empfiehlt es sich, zusätzlich unseren E-Mail-Newsletter zu abonnieren. So ist man immer auf dem neuesten Stand.

Unter www.sparda-sw.de/newsletter kann man sich für das kostenlose Abo anmelden. Damit ist man immer schnell informiert – und hat zugleich regelmäßig die Chance, ein iPad zu gewinnen.



Im Jahr 2017 konnten dank Spardahilft.de zwölf regionale Ballsportvereine wichtige Projekte verwirklichen. Der Basketballclub Anhausen Thalhausen e. V. zählte zu den geförderten Vereinen. Die Kinder freuen sich über verbesserte Trainingsbedingungen.



Soziales Engagement

Als regionale Genossenschaftsbank sind wir stark in unserer Heimat verwurzelt. Dass wir uns für die Region und die Menschen, die hier leben, einsetzen, ist für uns von jeher selbstverständlich.

Mit dem Gewinnspareverein und der Stiftung der Sparda-Bank Südwest leisten wir gerne unseren Beitrag – insbesondere zur Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Wir haben dazu gemeinsam mit unseren Partnern Projekte ins Leben gerufen, mit denen wir dieses Ziel langfristig und nachhaltig wirksam unterstützen. Dazu zählen zum Beispiel Angebote für Schulklassen wie „Stark ins Leben“, „Kunst ist Klasse“ und „SpardaSurfSafe“, die Online-Spendenaktion „Spardahilft.de“, das Förderprogramm „barrierefrei, inklusiv & fair“ oder unsere Partnerschaft mit der Kinderhilfsaktion „Herzessache“.

Die finanziellen Mittel für unser Engagement stammen aus dem Gewinnspareverein der Sparda-Bank Südwest e. V., deshalb möchten wir an dieser Stelle allen Gewinnspareerinnen und Gewinnspareern danken, die durch ihren Loskauf viele gute Taten ermöglichen.

Als Gewinnspareer können Sie mit einem Los des Gewinnsparevereins der Sparda-Bank Südwest sparen, spielen und Gutes tun. Von monatlich 6 Euro pro Los sparen Sie 5 Euro. 1 Euro ist Ihr Spieleinsatz, mit dem Sie alle zwei Monate die Chance auf attraktive Sachpreise und Geldgewinne von 2,50 Euro bis 10.000 Euro haben. 25 Prozent des Spieleinsatzes werden regelmäßig für gute Zwecke ausgeschüttet.

Weitere Informationen finden Sie unter www.sparda-sw.de/gewinnsparen.





MünchenerHyp



pro aurum
Edelmetalle. Münzen. Barren.



Starke Partner

Mit allen unseren Partnern arbeiten wir seit Jahren in einem engen Vertrauensverhältnis zusammen.

Kooperationspartner

Unsere Partner für die Bereiche Immobilienfinanzierung, Geldanlage, Altersvorsorge und Versicherungen sind die Bausparkasse Schwäbisch Hall, die Credit Life, die DEVK Versicherungen, die Münchener Hypothekenbank eG, die IMMOTAS, pro aurum und die Fondsgesellschaft Union Investment.

Servicegesellschaften

Zu den Dienstleistern der Sparda-Banken-Gruppe zählen die SDV-IT, Sparda-Datenverarbeitung eG, die Sparda-Consult Gesellschaft für Projekt- und Innovationsmanagement mbH und die Sparda TelefonService GmbH & Co. KG.

Verband

Der Verband der Sparda-Banken e.V. mit Sitz in Frankfurt am Main ist Prüfungsverband im Sinne des Genossenschaftsgesetzes. Er fungiert auch als Stabsstelle der Gruppe der Sparda-Banken, als Sprachrohr nach außen und als Berater. Er betreut die Sparda-Bank Südwest in genossenschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen, betriebswirtschaftlichen, organisatorischen und personellen Angelegenheiten.

Lagebericht 2017

I. Geschäftsverlauf

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Konjunktur in Deutschland

Aufschwung gewinnt an Dynamik

Der bereits seit dem Jahr 2013 andauernde Konjunkturaufschwung in Deutschland schritt 2017 weiter voran und führte erneut zu einem überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte nach ersten amtlichen Schätzungen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Prozent zu und expandierte damit noch etwas stärker als 2016 (+1,9 Prozent). Insgesamt erfuhr das preis-, kalender- und saisonbereinigte BIP im bisherigen Verlauf des Aufschwungs und auch 2017 von Quartal zu Quartal nur relativ geringe Schwankungen. Globale Unsicherheiten, wie beispielsweise die protektionistischen Tendenzen der neuen US-Regierung und der angekündigte harte Austritt Großbritanniens aus der EU, beeinträchtigten das Wirtschaftswachstum Deutschlands offenbar nur wenig. Grund hierfür dürfte nicht zuletzt sein, dass das Wachstum weniger durch außenwirtschaftliche, sondern vielmehr durch binnenwirtschaftliche Faktoren getrieben wurde.

Preisbereinigtes Wirtschaftswachstum in Deutschland

	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent		Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	
	2016	2017	2016	2017
Konsumausgaben	2,5	1,8	1,8	1,3
Private Konsumausgaben	2,1	1,9	1,1	1,0
Konsumausgaben des Staates	3,7	1,6	0,7	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	3,1	3,3	0,6	0,7
Ausrüstungsinvestitionen	2,2	4,0	0,1	0,3
Bauinvestitionen	2,7	2,7	0,3	0,3
Sonstige Anlagen	5,5	3,5	0,2	0,1
Vorratsveränderungen			-0,2	-0,1
Inländische Verwendung	2,4	2,2	2,2	2,0
Exporte	2,6	4,7	1,2	2,2
Importe	3,9	5,1	-1,5	-2,0
Außenbeitrag			-0,3	0,2
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,9	2,2	1,9	2,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 23.02.2018. Wachstumsbeiträge: Mögliche Differenzen in den Summen ergeben sich durch Rundung der Zahlen.

Konsum weiter zentraler Wachstumsmotor

Haupttreiber des gesamtwirtschaftlichen Wachstums waren 2017 abermals die staatlichen und privaten Konsumausgaben. Angesichts der unvermindert günstigen Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung sowie der nach wie vor lediglich moderaten Teuerung der Verbraucherpreise erhöhten die privaten Haushalte ihre Ausgaben ähnlich deutlich wie 2016 (+1,9 Prozent gegenüber +2,1 Prozent). Befördert wurde der private Verbrauch zudem durch die im Rahmen der Flüchtlingsmigration ausgeweiteten staatlichen Transferzahlungen und die merkliche Anhebung der Altersrenten vom Vorjahr, die erst 2017 voll wirkte. Von der vorgenommenen Entlastung bei der Einkommensteuer gingen hingegen kaum Effekte aus, da dieser ein Anstieg des Beitragssatzes für die gesetzliche Pflegeversicherung gegenüberstand. Der Privatkonsum war zusammen mit den Konsumausgaben des Staates, die um 1,6 Prozent stiegen, für 1,3 Prozentpunkte des BIP-Wachstums verantwortlich.

Außenhandel legt zu

Die Exporte der deutschen Wirtschaft expandierten stärker als im Vorjahr (+4,7 Prozent gegenüber +2,6 Prozent). Maßgeblich hierfür waren unter anderem die Warenausfuhren in die Partnerländer des Euroraums, die im Zuge der konjunkturellen Festigung des Währungsraums deutlich zunahmen. Die Ausfuhren in die USA wurden dagegen durch die Aufwertung des Euro-Wechselkurses gedämpft und auch das Geschäft mit dem Vereinigten Königreich entwickelte sich angesichts des angekündigten harten EU-Ausstiegs eher schwach. Da neben den Exporten auch die Importe nach Deutschland zunahmen (+5,1 Prozent), trug der Außenhandel als Ganzes rechnerisch aber nur mit 0,2 Prozentpunkten zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion bei.

Investitionen etwas lebhafter

Nach einem eher schwachen Vorjahr nahm das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen etwas Fahrt auf (+4,0 Prozent gegenüber +2,2 Prozent). Die globalen Unsicherheiten, die zuvor das Investitionsklima merklich belastet hatten, traten allmählich in den Hintergrund. Zudem machte die zunehmende Kapazitätsauslastung in der Industrie zusätzliche Investitionen notwendig und die Finanzierungsbedingungen für den Unternehmenssektor waren nach wie vor ausgesprochen günstig. Bei den Bauinvestitionen blieb das Wachstumstempo unverändert hoch (+2,7 Prozent). Insbesondere in Wohngebäude wurde angesichts der soliden Einkommenszuwächse und der niedrigen Finanzierungskosten deutlich mehr investiert. Der gewerbliche und der öffentliche Bau wurde durch Faktoren wie die steigenden Ausrüstungsinvestitionen und die bessere Finanzlage vieler Kommunen angeregt.

Staat mit Rekordüberschuss

Der öffentliche Gesamthaushalt erzielte 2017 das vierte Jahr in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Zwar kam es aufgrund der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik und der vom Bundesverfassungsgericht verlangten Rückzahlung der Kernbrennstoffsteuer zu erheblichen Haushaltsbelastungen. Diese Belastungen konnten jedoch durch weiterhin kräftig sprudelnde Steuer- und Beitragseinnahmen sowie Einsparungen bei den Zinsausgaben mehr als ausgeglichen werden. Vor diesem Hintergrund schloss die öffentliche Hand das Jahr mit einem Überschuss von 36,6 Milliarden Euro ab, was 1,1 Prozent des BIP entsprach. Der Finanzierungsüberschuss fiel damit absolut gesehen so stark aus wie noch nie seit der deutschen Wiedervereinigung. Der Schuldenstand des Staates verminderte sich in Relation zum BIP von 68,1 Prozent 2016 auf rund 65 Prozent.

Beschäftigungsaufbau hält an

Am Arbeitsmarkt setzten sich die günstigen Trends der Vorjahre fort. Die Anzahl der erwerbstätigen Menschen mit inländischem Arbeitsort stieg im Vorjahresvergleich um 653.000 auf rund 44,3 Millionen. Wichtigster Motor des Arbeitskräftezuwachses war weiterhin der Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Demgegenüber waren die Zahl der Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob ausüben, und die Zahl der Selbständigen erneut rückläufig. Die Arbeitslosenzahl sank von knapp 2,7 Millionen Menschen 2016 auf etwa 2,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent ab und befand sich damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Inflationsrate bleibt unter 2 Prozent

Die Verbraucherpreise erfuhren 2017 von der Tendenz her zunächst eine Berg- und dann eine Talfahrt. Zu Jahresbeginn stieg die Inflationsrate zeitweise um über zwei Prozent. Preistreibend wirkten dabei insbesondere der Wegfall der entlastenden Wirkung des Ölpreisrückgangs vom Winterhalbjahr 2015/2016 sowie die im Zuge schwacher Ernten in Südeuropa zunehmenden Nahrungsmittelpreise. Ab dem Frühsommer sorgten dann aber Faktoren wie die Aufwertung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar, die Importe tendenziell verbilligt, und die zeitweise abnehmenden Ölpreise für einen Rückgang der Inflationsrate. Im Jahresdurchschnitt legten die Verbraucherpreise um 1,8 Prozent zu, nachdem sie 2016 um 0,5 Prozent gestiegen waren.

Industrie nimmt Fahrt auf

Im verarbeitenden Gewerbe beschleunigte sich die Konjunkturdynamik etwas. Gemäß den derzeit vorliegenden Angaben des Statistischen Bundesamtes konnte die Industrie ihre preisbereinigte Bruttowertschöpfung um 3,0 Prozent erhöhen und damit den Zuwachs vom Vorjahr (+2,1 Prozent) übertreffen. Den preisbereinigten Umsatzdaten der Industriebetriebe zufolge gingen die Wachstumsimpulse weiterhin vor allem vom Ausland aus. So legte der Auslandsumsatz (+4,8 Prozent) stärker zu als der Inlandsumsatz (+2,0 Prozent). Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes fiel

das Umsatzplus bei den Herstellern von Datenverarbeitungsgeräten und elektronischen und optischen Erzeugnissen (+8,4 Prozent) am kräftigsten aus. Die Branche wird offenbar im besonderen Maße von der weiter voranschreitenden Digitalisierung begünstigt. Auch bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen (+5,9 Prozent) war ein überdurchschnittlicher Anstieg zu verzeichnen, wozu die zunehmende Bedeutung der Elektromobilität beigetragen haben dürfte. In den beiden vom Umsatz her wichtigsten Branchen, dem Fahrzeugbau (+2,1 Prozent) und dem Maschinenbau (+2,4 Prozent), verlief die Absatzentwicklung hingegen schwächer. Die Erwerbstätigenzahl nahm im gesamten verarbeitenden Gewerbe um 0,7 Prozent auf knapp 7,6 Millionen Menschen zu. Da der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde (+2,3 Prozent) etwas hinter dem Wachstum der Produktivität (+2,8 Prozent) zurückblieb, gaben die Lohnstückkosten (-0,5 Prozent) etwas nach.

Hohe Auslastung im Baugewerbe

Die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe nahm preisbereinigt mit einer Veränderungsrate von 2,1 Prozent ähnlich stark zu wie 2016 (+1,9 Prozent). Allerdings hätte das Wachstum noch deutlicher ausfallen können, wenn die allgemeine Auslastung nicht schon so hoch gewesen wäre. Unternehmensumfragen zufolge ist die bereits im Vorjahr sichtlich erhöhte Kapazitätsauslastung der Baufirmen nämlich weiter gestiegen. Demnach beeinträchtigte insbesondere der zunehmende Mangel an Arbeitskräften die Produktion. Es verwundert daher auch nicht, dass die Baupreise stärker zulegten als zuvor. Vom Bauboom waren mehr oder weniger alle Bereiche erfasst, was sich auch in den Daten der amtlichen Bauberichterstattung zeigt. Gemäß dieser Statistik überschritt der baugewerbliche Umsatz im Bauhauptgewerbe in den ersten drei Quartalen das entsprechende Vorjahresniveau um 9,4 Prozent. Dabei fiel der Zuwachs im Wohnungsbau (+10,5 Prozent) stärker aus als im Wirtschaftsbau (+9,8 Prozent) und im öffentlichen Bau (+7,0 Prozent). Im Ausbaugewerbe kletterte der baugewerbliche Umsatz in den ersten drei Quartalen um merkbare 5,2 Prozent. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Baugewerbe insgesamt um 1,8 Prozent auf knapp 2,5 Millionen Menschen.

Solide Geschäfte im Handwerk

Auch im Handwerk hielt der Aufschwung an. Den bislang verfügbaren Daten der amtlichen Handwerksberichterstattung zufolge setzte sich das merkliche Umsatzwachstum unvermindert fort. Nach einem Anstieg um 3,3 Prozent 2016 erhöhte sich der Gesamtumsatz in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,6 Prozent. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass für das Handwerk keine preisbereinigten Angaben zur Umsatzentwicklung vorliegen, sondern lediglich Angaben in jeweiligen Preisen. Unter allen Gewerbegruppen wiesen die Betriebe des Bauhauptgewerbes (+5,2 Prozent) den stärksten Zuwachs auf. Sie konnten offenbar deutlicher von der guten Baukonjunktur profitieren als die Betriebe des Ausbaugewerbes (+2,6 Prozent). Ein überdurchschnittliches Umsatzplus wurde auch bei den Handwerkern für den gewerblichen Bedarf (+4,8 Prozent) erzielt. Hier dürfte die Geschäftsbelebung in der Industrie Impulse geliefert haben. In den Betrieben des Kraftfahrzeuggewerbes (+3,5 Prozent) expandierten die Umsätze nahezu im Gleichschritt mit der Gesamtentwicklung. Im Lebensmittelgewerbe (+3,2 Prozent), im Gesundheitsgewerbe (+2,7 Prozent) und bei den Handwerkern für den privaten Bedarf (+1,0 Prozent) legten sie etwas schwächer zu.

Einzelhandel weiterhin auf Wachstumskurs

Vor dem Hintergrund des nach wie vor günstigen Konsumklimas konnte der Einzelhandel 2017 erfolgreich an die positive Entwicklung der Vorjahre anknüpfen. Nach aktuellem Datenstand nahm der Gesamtumsatz der Einzelhandelsunternehmen preisbereinigt um 2,4 Prozent zu. 2016 war er in ähnlicher Größenordnung (+2,5 Prozent) gestiegen. Wie bereits in den Vorjahren expandierte der Umsatz insbesondere im Internet- und Versandhandel (+7,7 Prozent) merklich. Allerdings kam es nach einigen eher schwachen Jahren auch im Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (+4,2 Prozent) wieder zu einem spürbaren Anstieg. Etwas verhaltener verlief die Absatzdynamik dagegen im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren (+1,5 Prozent), im Apothekenbereich (+1,1 Prozent) und im sonstigen Einzelhandel (+1,0 Prozent), zu dem beispielsweise der Handel mit Büchern und Schmuck gezählt wird. Auch im Handel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf (+2,0 Prozent) konnte trotz des allgemeinen Baubooms lediglich ein unterdurchschnittlicher Zuwachs erwirtschaftet werden.

Umsatzbelebung im Großhandel

Im Großhandel hellte sich die Geschäftslage sichtlich auf. Grund hierfür war der Produktionsverbindungshandel, dessen Aktivitäten nach eher schwierigen Vorjahren erheblich zunahm. Den bisher verfügbaren Daten zufolge stieg der Gesamtumsatz im Großhandel in den ersten drei Quartalen des Jahres 2017 preisbereinigt um 3,1 Prozent, nach-

dem er in den Jahren 2016 und 2015 noch im Wesentlichen stagniert hatte. Besonders deutliche Zuwächse waren im Zuge der Belebung des Außenhandels und der anziehenden Industriekonjunktur im Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (+8,1 Prozent) sowie im Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (+5,8 Prozent) zu verzeichnen. Bei den im Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (-6,1 Prozent) engagierten Unternehmen kam es hingegen, entgegen dem allgemeinen Trend, nochmals zu einem Umsatzschwund. Im Konsumtionsverbindungshandel (+2,0 Prozent) setzte sich die Aufwärtsbewegung fort, wobei das Absatzplus hinter dem Zuwachs des Produktionsverbindungshandels (+3,7 Prozent) zurückblieb.

Höhere Wertschöpfung im Dienstleistungssektor

Das Wachstum des Dienstleistungssektors hat sich geringfügig beschleunigt. Gemäß den aktuellen Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs um 2,2 Prozent gestiegen. Im Vorjahr hatte sie um 1,9 Prozent zugelegt. Innerhalb des tertiären Sektors wiesen die Bereiche Information und Kommunikation (+3,9 Prozent), Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+2,9 Prozent) sowie Unternehmensdienstleister (+2,6 Prozent) die höchsten Zuwachsraten auf. Diese Bereiche wurden offenbar in stärkerem Umfang von der Digitalisierung der Wirtschaft und der guten Konsumkonjunktur befördert. In den Bereichen öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit (+2,1 Prozent), Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,3 Prozent) und bei den sonstigen Dienstleistern (+1,1 Prozent) fiel das Wachstum demgegenüber schwächer aus. Schlusslicht waren die Finanz- und Versicherungsdienstleister (-0,3 Prozent), die angesichts des andauernden Niedrigzinsumfelds und der hohen Wettbewerbsintensität einen Wertschöpfungsrückgang hinnehmen mussten. Die Anzahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im gesamten Dienstleistungssektor um 1,7 Prozent auf 33,0 Millionen Personen.

Rheinland-Pfalz und Saarland: Baugenehmigungen im Wohnbau rückläufig

Rheinland-Pfalz: Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen für Neubauten im Wohnbau war in Rheinland-Pfalz im Jahr 2017 rückläufig. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Neubau von Gebäuden mit insgesamt 13.356 Wohnungen. Dies waren rund zehn Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Anzahl der genehmigten neuen Wohngebäude ging gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent auf 6.552 zurück. Die meisten Genehmigungen wurden – wie für Rheinland-Pfalz üblich – für Einfamilienhäuser erteilt. Aber auch hier war ein Rückgang von 6,8 Prozent auf 5.124 Gebäude zu verzeichnen. Noch deutlicher verringerte sich die Anzahl der genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit drei und mehr Wohnungen. Sie lag mit 6.826 Genehmigungen um 12,3 Prozent unter dem Ergebnis des Jahres 2016, in dem der höchste Stand an Bewilligungen für Mehrfamilienhäuser seit 1997 erreicht worden war. Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von rund 2,66 Milliarden Euro veranschlagt, was einer Abnahme von 4,3 Prozent gegenüber 2016 entspricht. Regionale Unterschiede: Landesweit kamen auf 10.000 Einwohner rechnerisch knapp 33 genehmigte neue Wohnungen in Wohngebäuden. Unter den kreisfreien Städten hatten Landau in der Pfalz mit 72 und die Stadt Trier mit 62 genehmigten neuen Wohnungen je 10.000 Einwohner die höchsten Durchschnittswerte. Am geringsten war der betreffende Wert in der Stadt Frankenthal mit 15 genehmigten neuen Wohnungen je 10.000 Einwohner. Bei den Landkreisen lag der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit einem Wert von 55 an der Spitze, gefolgt von Mainz-Bingen mit 54 und dem Kreis Ahrweiler mit 48 Wohnungen je 10.000 Einwohner. Der geringste Wert ergab sich für den Landkreis Birkenfeld mit 15 genehmigten Wohnungen je 10.000 Einwohner.

Saarland: Im vergangenen Jahr haben die saarländischen Bauaufsichtsbehörden den Bau von 2.123 Wohnungen genehmigt. Nach Auskunft des Statistischen Amtes waren davon 1.692 Wohnungen in 848 neuen Wohngebäuden geplant. Gegenüber 2016 sind die Genehmigungszahlen insgesamt um 13,8 Prozent zurückgegangen. Bei den Wohngebäuden verringerte sich die Nachfrage um 19,7 Prozent. Bei den 744 genehmigten Ein- und Zweifamilienhäusern handelt es sich in 659 Fällen um Wohngebäude mit einer Wohnung; es sind 85 Häuser mit jeweils zwei Wohnungen vorgesehen. Weitere 863 Wohnungen sind in 104 Wohngebäuden mit drei oder mehr Wohnungen geplant. Die Bauherren bevorzugten in 752 Fällen den Typ des Einzelhauses, weit vor Doppelhaushälften und gereihtem Haustyp mit insgesamt 76 Einheiten. Auf sonstige Bautypen, zum Beispiel terrassenförmige Bauweise, entfielen weitere 20 Genehmigungen. Von den 1.692 Wohnungen sind 1.487 mit einer Zentralheizung geplant. 156 Wohnungen werden an die Fernheizung angeschlossen. In 19 Wohnungen ist eine Einzelraumheizung vorgesehen. Mit konventioneller Energie sollen 622 Wohnungen (37 Prozent) primär beheizt werden. Dabei überwiegt Gas als Energieträger in 90 Prozent der Wohnungen. Für 898 Wohnungen (53 Prozent) sind erneuerbare Energien vorgesehen. Hier kommt zu 89 Prozent

Umweltthermie zum Einsatz. Bei einer mittleren Wohnungsgröße von 163 qm für ein Einfamilienhaus waren 2017 im Durchschnitt 285.000 Euro an Baukosten zu veranschlagen. Für eine Wohnung in einem Wohngebäude mit drei oder mehr Wohnungen (ohne Wohnheime) waren 127.000 Euro einzuplanen. Hier liegt die durchschnittliche Wohnungsgröße bei 86 qm.

Finanzmärkte

Positive Stimmung an den Finanzmärkten 2017

Nach Jahren politischer wie auch wirtschaftlicher Unsicherheit besserte sich 2017 die Stimmung an den Finanzmärkten nachhaltig. Grund hierfür war in erster Linie die Rückkehr eines robusten Wirtschaftswachstums sowohl im Euroraum als auch in den USA. Für die wachsende Zuversicht sorgte dabei vor allem das Wachstum im Euroraum. 2017 expandierten nicht nur die Volkswirtschaften der Kern-, sondern auch der Peripherie-Staaten des Währungsraumes. Die Verunsicherung an den Finanzmärkten im Zuge der Trump-Präsidentschaft oder der schwierig verlaufenden Brexit-Verhandlungen hielt sich demgegenüber in Grenzen. Auch konnten die kriegerischen Konflikte im Nahen Osten und die angespannte Lage zwischen Nordkorea und seinen direkten Nachbarstaaten die Stimmung an den Finanzmärkten nicht nachträglich dämpfen. Zum Ende des Jahres sorgte noch die rasante Aufwertung der Digitalwährung Bitcoin und anderer Kryptowährungen für Aufsehen. Binnen Jahresfrist vervielfachte sich der Bitcoin-Kurs von 998 auf 14.156 US-Dollar je Bitcoin. Treiber dieser Entwicklung dürften Spekulationen auf weitere Kurssteigerungen gewesen sein.

Aggressivität der ultralockeren Geldpolitik der EZB geht leicht zurück

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat 2017 an ihrem extrem expansiven Kurs festgehalten. Die europäischen Notenbanker beließen die Leitzinsen für den Euroraum unverändert auf deren historisch niedrigen Niveaus. So blieb der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Finanzinstitute des Euroraumes bei 0,0 Prozent und der Einlagensatz mit $-0,4$ Prozent im negativen Bereich. Darüber hinaus setzte die EZB ihr Anleiheaufkaufprogramm fort. So kaufte die europäische Notenbank bis einschließlich März im Rahmen ihres Asset Purchase Program (APP) monatlich Wertpapiere im Wert von 80 Milliarden Euro. Wie auf der EZB-Ratssitzung im Dezember 2016 beschlossen, verlängerte der EZB-Rat das Aufkaufprogramm bis zum Ende des Jahres, allerdings zu einem niedrigeren monatlichen Aufkaufvolumen in Höhe von 60 Milliarden Euro. Die EZB begründete ihr Festhalten am ausgesprochen expansiven geldpolitischen Kurs 2017 mit der anhaltend schwachen Dynamik bei den Verbraucherpreisen und der noch nicht ausreichend guten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum. Vor dem Hintergrund des im Jahresverlauf anziehenden Aufschwungs im Euroraum beschloss der EZB-Rat im Oktober 2017 zwar eine Verlängerung des Programms bis mindestens September 2018, dies allerdings zu einem ab Januar 2018 erneut verringerten monatlichen Kaufvolumen von 30 Milliarden Euro.

Fortschreitende Normalisierung der US-Geldpolitik 2017

Die US-amerikanische Zentralbank Fed hat 2017 die zinspolitische Wende weiter vorangetrieben. Im Laufe des vergangenen Jahres erhöhten die Notenbanker den Zielkorridor für den US-Leitzins sukzessive in drei Schritten um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 1,25 bis 1,5 Prozent. Zudem begann die US-Notenbank ab dem vierten Quartal mit der Reduzierung ihrer durch die Anleiheaufkäufe auf 4,5 Billionen US-Dollar angewachsenen Bilanz. Die Verringerung der US-Notenbank-Bilanz begann behutsam: Ab Oktober 2017 reduzierte die Fed die Summe der reinvestierten Rückflüsse aus den Aufkaufprogrammen um zehn Milliarden US-Dollar pro Monat. Der für die geldpolitischen Entscheidungen zuständige Offenmarktausschuss der Fed begründete die Schritte zur weiteren Normalisierung der US-Geldpolitik mit der guten konjunkturellen Lage in den Vereinigten Staaten. So setzte die Arbeitslosenquote 2017 ihren Rückgang fort und sank binnen Jahresfrist um über einen halben Prozentpunkt auf 4,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote war damit zum Ende des Jahres so niedrig wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Die US-Inflationsrate blieb allerdings mit weniger als zwei Prozent unterdurchschnittlich. Aus diesem Grund fiel die Normalisierung der Geldpolitik auch nicht schärfer aus.

Bundesanleiherenditen legen zu

Die Renditen von Bundesanleihen sind im vergangenen Jahr moderat gestiegen. Auf Jahressicht stieg die Rendite zehnjähriger Bundeswertpapiere um 22 Basispunkte auf 0,42 Prozent. Die Renditen zwei- und fünfjähriger Bundesanleihen stiegen ähnlich stark, allerdings blieben sie mit $-0,63$ und $-0,20$ Prozent zum Jahresultimo im negativen

Bereich. Ausschlaggebend für das Renditeplus bei Bundesanleihen waren Anpassungen der geldpolitischen Erwartungen im Zuge des konjunkturellen Aufschwunges im Euroraum. Ab Jahresmitte setzte sich an den Kapitalmärkten die Auffassung durch, dass die EZB eher eine Normalisierung als eine weitere Lockerung ihrer Geldpolitik anstrebe. Angesichts der sich spürbar bessernden konjunkturellen Lage im Euroraum engten sich auch die Renditespreads der Euro-Staaten zu Bundeswertpapieren ein. Insbesondere Staatsanleihen aus Portugal und Griechenland erlebten einen spürbaren Nachfrageanstieg, der sich auf Jahressicht in einem deutlichen Rückgang ihrer Renditen niederschlug. Darüber hinaus trieb die geldpolitische Normalisierung in den USA die Renditen von Bundesanleihen über den Kanal der weltweiten Zinsführerschaft von Staatsanleihen der Vereinigten Staaten. Im Zuge der sukzessiven Leitzinserhöhungen der Fed legten in den USA vor allem am kurzen Ende der Strukturkurve die Renditen zu. So stieg die Rendite von zweijährigen US-Treasury im Jahresverlauf um 69 Basispunkte auf 1,89 Prozent. Zehnjährige US-Treasury notierten mit einem Jahresendwert von 2,41 Prozent hingegen nahe ihrem Vorjahresresultimo. Grund hierfür war unter anderem, dass die Normalisierung der US-Geldpolitik bereits 2016 in die längerfristig laufenden Staatsanleihen eingepreist worden war.

Aufschwung im Währungsraum stützt Euro

Der Euro wurde 2017 deutlich aufgewertet. Gegenüber dem Greenback notierte der Euro-Dollar-Kurs zum Jahresresultimo bei 1,19 US-Dollar. Das waren 14 US-Cent mehr als Ende 2016. Der Anstieg des Euro gegenüber dem US-Dollar vollzog sich vor allem im zweiten und dritten Quartal 2017. Im ersten und vierten Quartal tendierte der Euro-Dollar-Kurs hingegen mehr oder weniger seitwärts. Die europäische Gemeinschaftswährung profitierte 2017 vom robusten konjunkturellen Aufschwung und von den veränderten geldpolitischen Erwartungen im Währungsraum. Zum einen zeichnete sich im Frühling ein deutlich stärkerer Aufschwung im Euroraum ab, als zuvor erwartet worden war. Zum anderen festigte sich an den Devisenmärkten die Erwartung, dass die EZB ihre ultralockere Geldpolitik nicht weiter lockern, sondern vielmehr die Normalisierung der Geldpolitik angehen werde, wenn auch in einem sehr langsamen Tempo. Darüber hinaus stützte den Euro die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Frankreich, wo sich bei den französischen Präsidentschaftswahlen der überparteiliche Emmanuel Macron gegen die Kandidatin des Front National durchsetzen konnte. Macrons klares Bekenntnis zum Euro stärkte das Vertrauen der Investoren in den Währungsraum. Profitieren konnte der Euro auch von der Schwäche des US-Dollars, der unter den politischen Unsicherheiten im Zuge der Trump-Präsidentschaft zu leiden hatte. Die Straffung der geldpolitischen Zügel in den USA fiel im vergangenen Jahr weniger ins Gewicht, da sie zum größten Teil bereits in 2016 eingepreist worden war.

DAX auf neuem Allzeithoch

Das vergangene Jahr war für die Aktienmärkte ein gutes Jahr. Dies- wie jenseits des Atlantiks legten die Kurse an den Börsen spürbar zu. Zunächst stieg der DAX ab Mitte April 2017 innerhalb weniger Wochen um rund 1.000 Punkte auf knapp unter 13.000 Zähler. Grund hierfür war ein gestärktes Vertrauen in die Wirtschaft Deutschlands, aber auch des gesamten Euroraumes, nachdem wichtige Wirtschaftsindikatoren auf ein stärkeres Wachstum hingewiesen hatten, als zu Jahresbeginn erwartet worden war. Im Hochsommer gab der deutsche Leitindex vorübergehend fast seine gesamten zuvor angesammelten Kursgewinne wieder ab. Grund hierfür war zum einen der erstarkende Euro. Viele Investoren fürchteten, der höhere Außenwert des Euro werde die Konjunktur in Deutschland und dem Euroraum dämpfen. Zum anderen verunsicherte die Krise in der Automobilindustrie im Zuge des Dieselskandals viele Investoren. Erst im Herbst marschierte der DAX wieder unbeirrt in Richtung der Marke von 13.000 Punkten und konnte diese Mitte Oktober wieder reißen. Sein Jahreshoch von 13.478 Zählern markierte der DAX nur kurze Zeit später am 3. November 2017. Getrieben wurde dieser fulminante Anstieg erneut von einem wieder zunehmenden Konjunkturoptimismus dies- wie jenseits des Atlantiks. Das hohe Niveau konnte der DAX zwar nicht lange halten. Gleichwohl beendete der Deutsche Aktienindex das Jahr 2017 mit 12.918 Punkten auf einem deutlich höheren Niveau als zum Vorjahresresultimo. Insgesamt belief sich das Jahresplus auf 12,5 Prozent.

Entwicklung der Sparda-Bank Südwest eG

Die strategische Entscheidung der Vorjahre, fällige Bankenrefinanzierungen sowie institutionelle Kundengelder nicht zu prolongieren, wurde auch im Jahr 2017 konsequent fortgesetzt. Zur Entlastung der Gewinn- und Verlustrechnung der Folgejahre wurden zusätzlich Fälligkeiten aus 2018 und 2019 bereits im Jahr 2017 zurückgezahlt.

Trotz dieser Maßnahmen stieg die Bilanzsumme um rund 195 Millionen Euro auf rund 9,625 Milliarden Euro. Dies liegt begründet im starken Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Die Liquiditätsversorgung der Bank ist nach wie vor sehr gut.

Die außerbilanziellen Geschäfte setzen sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 119.710 TEuro und aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 327.392 TEuro zusammen. Nennenswerte Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergaben sich nicht.

Geschäftsvolumen	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Bilanzsumme Bank	9.624.685	9.429.993	+194.692	+2,1
Außerbilanzielles Geschäft	447.102	447.131	-29	-

Aktivgeschäft

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Kundenforderungen	6.457.923	6.541.341	-83.418	-1,3
Wertpapiere	1.490.157	1.439.640	+50.517	+3,5
Forderungen an Kreditinstitute	1.467.678	1.213.237	+254.441	+21,0

Die hohe Nachfrage nach Bankkrediten aufgrund der guten Konjunktur und des anhaltend niedrigen Zinsniveaus prägte auch das vergangene Jahr. Aufgrund des starken Wettbewerbs lag das Zusagevolumen jedoch leicht unter den Werten des Vorjahres.

Der bilanzielle Rückgang der Kundenforderungen belief sich auf 83,4 Millionen Euro oder 1,3 Prozent. Das Volumen der Kundenforderungen reduzierte sich auf 6,458 Milliarden Euro. Der Grund dafür waren höhere planmäßige Tilgungen und sehr hohe Sondertilgungen unserer Kunden. Das Kreditportfolio setzt sich im Wesentlichen aus Krediten an Privatkunden zusammen. Es wurden sowohl Neubauvorhaben als auch Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen finanziert.

Die gesamten Kreditzusagen im Jahr 2017 betragen 1.068 Millionen Euro, davon 691,3 Millionen Euro Baukredite und 172,9 Millionen Euro Privatkredite. Weitere 204,2 Millionen Euro Baukredite wurden an Kooperationspartner der Bank, die Münchener Hypothekenbank eG und die Bausparkasse Schwäbisch Hall, vermittelt. Damit konnte zum Beispiel dem Kundenwunsch nach besonders langer Zinsfestschreibung (bis zu 30 Jahren Laufzeit) entsprochen werden. Fällige Wertpapiere wurden wieder angelegt.

In der Position Forderungen an Kreditinstitute ist ein Anstieg in Höhe von 254,4 Millionen Euro zu verzeichnen. Hier spiegelt sich das Wachstum der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wider.

Der Wertpapierbestand dient der Liquiditätssteuerung und liegt mit rund 1,490 Milliarden Euro rund 3,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die Laufzeiten unserer Wertpapierbestände liegen im mittelfristigen Bereich. Der Abschreibungsbedarf und das Zinsänderungsrisiko bei steigenden Zinsen sind somit begrenzt.

Außerbilanzielle Geschäfte

Die Position Außerbilanzielle Geschäfte setzt sich aus Avalen und unwiderruflichen Kreditzusagen zusammen.

Passivgeschäft

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	801.270	996.289	-195.019	-19,6
Spareinlagen von Kunden	1.821.672	1.838.694	-17.022	-0,9
Andere Einlagen von Kunden	6.283.775	5.851.664	+432.111	+7,4

Trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase weisen die Kundeneinlagen ein robustes Wachstum auf. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 415,1 Millionen Euro auf 8,105 Milliarden Euro. Der Anteil der Kundeneinlagen an der Bilanzsumme beträgt rund 84,2 Prozent.

Neuanlagen sowie fällig werdende Spar- und Termingelder fließen fast ausschließlich in Tagesgelder. Im Bereich der Spar- und Termineinlagen hat die Bank daher Volumenrückgänge zu verzeichnen. Fehlende attraktive Renditen auf längere Laufzeiten veranlassen viele Kunden zu einem defensiven Anlageverhalten.

Die Sparda-Bank Südwest ist bestrebt, ihren Kunden im qualifizierten Beratungsgespräch Möglichkeiten aufzuzeigen, um die richtige, individuell passende Anlagemischung zu finden, die eine Sicherung des Vermögens auf lange Sicht gewährleisten kann. Dabei spielen insbesondere Produkte des Kooperationspartners Union Investment eine große Rolle.

Aufgrund der strategischen Entscheidung zugunsten einer Refinanzierung durch Kundengelder sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Jahr 2017 um 195 Millionen Euro.

Dienstleistungsgeschäft

Dank der kompetenten Beratung der Kundinnen und Kunden durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde auch 2017 ein sehr gutes Provisionsergebnis erzielt.

Die Erträge aus Dienstleistungsgeschäften konnten im vergangenen Jahr leicht gesteigert werden, wohingegen die Entwicklung im Vermittlungsgeschäft mit der Münchener Hypothekenbank eG leicht rückläufig war. Das gesamte Provisionsergebnis der Bank lag mit 35,2 Millionen Euro leicht unter dem Vorjahresergebnis.

Die Sparda-Bank Südwest arbeitet sehr erfolgreich mit ihren Verbundpartnern Bausparkasse Schwäbisch Hall, Credit Life, DEVK Versicherungen, Münchener Hypothekenbank eG, IMMOTAS, pro aurum und Union Investment zusammen. Die Bank profitiert von dem Know-how der Spezialisten und gibt dies gern an ihre Kundinnen und Kunden weiter.

Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der im Jahr 2017 durchschnittlich vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer betrug 446,10. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter lag bei 226,4. Bei der Personalentwicklung setzt die Sparda-Bank Südwest auf eine systematische Entwicklung von Mitarbeitern und Teams. Jährlich finden Mitarbeitergespräche statt. Mit Hilfe von Eignungsdiagnostik und Potentialanalysen werden Talente identifiziert und Entwicklungsprogramme angeboten. So kann sich jeder Mitarbeiter seinem Profil entsprechend weiterentwickeln. In Zeiten flacher Hierarchien bietet die Sparda-Bank Südwest ihren Mitarbeitern neben der Möglichkeit einer Führungslaufbahn auch die Chance auf eine Fachlaufbahn.

2017 fingen 19 Auszubildende bei der Sparda-Bank Südwest an, 32 Auszubildende beendeten ihre Ausbildung erfolgreich. Durchschnittlich wurden 55,3 Auszubildende beschäftigt. Insgesamt wurden 2017 zwei Bachelorstudenten – in der Gebietsdirektion Homburg/Bad Kreuznach und im Controlling – betreut. Eine qualifizierte und praxisnahe Ausbildung wird bei der Sparda-Bank Südwest eG durch ein besonderes Ausbildungskonzept erreicht. Aufbauend auf der langjährigen Erfahrung im Bereich Ausbildung wurde es so entwickelt, dass es von Beginn an die Eigenständigkeit und die persönliche Entwicklung der Auszubildenden fördert. Qualifizierte Ausbildungsbeauftragte und Ausbildungspaten begleiten unsere Auszubildenden vor Ort in den Filialen. Hier liegt der Fokus auf dem unmittelbaren Kontakt mit den Kunden. Gleichzeitig erhalten die Auszubildenden Lernunterstützung durch Seminare, Trainings und innovative Lernvideos.

Gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse wie die demographische Entwicklung spiegeln sich auch im Mikrokosmos Bank wider. Die Sparda-Bank antwortet auf diese Herausforderungen mit lebensphasenorientierter Personalpolitik. So gibt es seit 2013 als wichtiges Instrument des Lebensphasenmanagements das Zeitwertkonto, mit dem man Beträge ansparen kann, um diese später in Zeit einzutauschen. Dies bietet im Hinblick auf vorgezogenen Altersausstieg die Möglichkeit, unabhängig von Altersteilzeit- und Vorruhestandsmodellen, mit Unterstützung der Bank selbst für sich zu sorgen. Gesundheit, Leistung und Wohlbefinden der Mitarbeiter werden durch das betriebliche Gesundheitsmanagement unterstützt. Seit dem 1. Juli 2017 ist die Stiftung Bahn-Sozialwerk hier unser Partner. Die große Sozialeinrichtung hat viel Erfahrung, wenn es um konkrete Hilfestellungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Das Themenspektrum umfasst Gesundheit und Soziales, Reise und Erholung sowie Kultur und Freizeit. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparda-Bank Südwest können damit viele Vorteile genießen. Dies ist eine hervorragende Ergänzung zu den bestehenden Bausteinen „SpardaBalance – Wir helfen Dir“ und „SpardaMoove – Tu's für Dich“, zu denen beispielsweise verschiedene Aktionen und Maßnahmen rund um die Themen Bewegung und Ernährung gehören.

II. Darstellung der Lage der Bank

1. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Sparda-Bank Südwest haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Zinsüberschuss	128.050	125.414	+2.636	+2,1
Provisionsüberschuss	35.163	36.270	-1.107	-3,1
Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwendungen	50.870	50.282	+588	+1,2
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	54.680	56.208	-1.528	-2,7
Bewertungsergebnis	-21.429	18.405	-39.834	-216,4
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	31.028	65.590	-34.562	-52,7
Außerordentliches Ergebnis	-868	–	-868	–
Steueraufwand	12.028	18.860	-6.832	-36,2
Jahresüberschuss	15.133	15.130	+3	–

Aufgrund der weiter anhaltenden Niedrigzinsphase waren sowohl die Erträge aus dem Kreditgeschäft als auch die Erträge aus Eigenanlagen rückläufig.

Gleichzeitig reduzierten sich der Zinsaufwand aus Kundeneinlagen sowie der Zinsaufwand aus Bankeinlagen, insbesondere durch die Rückzahlung auslaufender Refinanzierungen aus dem Vorjahr.

Zinsänderungsrisiken können aus Inkongruenzen bezüglich der Zinsbindung bei Aktiv- und Passivprodukten entstehen. Gesteuert und limitiert werden die Zinsänderungsrisiken in der Bank durch den Einsatz von Zinssicherungsgeschäften (Zinsswaps/Caps).

Die anhaltende Niedrigzinsphase birgt bei der aktuellen Bilanzstruktur bei steigenden Zinsen die Gefahr deutlicher Ertragseinbußen. Zur Absicherung dieses „Zinsänderungsrisikos“ werden von der Bank Zinssicherungsgeschäfte abgeschlossen.

In einem normalen Zinsumfeld zahlt die Bank bei Payer-Swap-Abschlüssen einen festen Zinssatz und erhält von ihrem Geschäftspartner einen variablen Zinssatz. Der variable Satz (3- bzw. 6-Monats-Euribor) liegt seit 2015 im Minusbereich. Somit ist die Bank bei diesen Geschäften nicht mehr nur „variabler Empfänger“, sondern auch „variabler Zahler“.

Der Zinsüberschuss des Jahres 2017 lag mit 128,1 Millionen Euro um 2,6 Millionen Euro über dem Ergebnis des Vorjahres.

Der Provisionsüberschuss lag leicht unter dem Ergebnis des Vorjahres. Sowohl bei Bausparverträgen als auch bei Versicherungsverträgen gab es einen leichten Rückgang. Die Erträge aus der Vermittlung von langlaufenden Baufinanzierungsdarlehen waren ebenfalls leicht rückläufig. Das gestiegene Ergebnis aus dem Verkauf von Publikumsfonds bei der Union Investment konnte den Rückgang nur teilweise kompensieren.

Der Personalaufwand stieg nur leicht um rund 0,6 Millionen Euro. Im Bereich der Verwaltungsaufwendungen konnte im abgelaufenen Jahr ein Rückgang verzeichnet werden. Der Rückgang belief sich auf rund 1,5 Millionen Euro und resultiert überwiegend aus einer Rückzahlung unseres Rechenzentrums, da dort eingeplante Projekte zum Jahresende nicht umgesetzt werden konnten.

Die Cost-Income-Ratio konnte von 0,69 im Vorjahr auf 0,68 verbessert werden.

Zur Stärkung der haftenden Eigenmittel wurde im Jahr 2017 eine Zuführung zum „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ in Höhe von 3,0 Millionen Euro vorgenommen.

Die Bilanzposition Steuern reduzierte sich um rund 6,8 Millionen Euro. Im Vorjahr war der Gewinn vor Steuern höher und somit auch die Steuerlast.

Der Jahresüberschuss liegt mit 15,1 Millionen Euro nahezu auf Vorjahresniveau. Er ermöglicht für das Jahr 2017 eine Dividendenzahlung an die Mitglieder der Bank und eine angemessene Bildung von Rücklagen.

2. Finanz- und Liquiditätslage

Aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätssteuerung und der hohen Mittelzuflüsse aus den Kundeneinlagen war die Zahlungsfähigkeit der Bank im Geschäftsjahr 2017 jederzeit gegeben.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren nicht zu rechnen.

Die Liquiditätskennziffer betrug zum 31. Dezember 2017 3,09 (Mindestanforderung: 1).

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die Bestimmungen der Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit

eingehalten und bieten ausreichend Freiraum für die Ausweitung des Bankgeschäfts im Rahmen der strategischen Planung.

3. Vermögenslage

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung	
			TEUR	Prozent
Gezeichnetes Kapital	156.023	144.312	+11.711	+8,1
Rücklagen	309.963	299.033	+10.930	+3,7

Die Vermögenslage der Bank ist geordnet. Alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wurden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen bewertet.

Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen worden. Die Bank verfügt über eine solide Finanz- und Vermögenslage.

Bezogen auf die am Bilanzstichtag vorhandenen gewichteten Risikoaktiva ergibt sich eine Gesamtkapitalquote, die mit 16,68 Prozent deutlich über der vom 31. Dezember 2017 geforderten Quote von 8 Prozent liegt. Die harte Kernkapitalquote beläuft sich auf 15,05 Prozent. Beide Quoten konnten gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert werden.

Das Basel-III-Regelwerk wird in den kommenden Jahren zu einer deutlichen Erhöhung der Eigenkapitalquantität führen. Die Mindestanforderungen an das Eigenkapital werden sich stufenweise bis 2019 erhöhen. Gleichzeitig wird eine neue Eigenkapitalnorm vorgegeben. Die Sparda-Bank Südwest ist auf diese Anforderungen vorbereitet und hat entsprechende Maßnahmen getroffen.

Aus diesem Grund wurden auch im Jahr 2017 Rücklagen nach § 340 g HGB in Höhe von 3,0 Millionen Euro gebildet. Die Einrechnung dieser Rücklagen in die Kapitalquoten erfolgt erst nach Genehmigung des Jahresabschlusses durch die Vertreter.

Die Kapitalrendite gemäß § 26 a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf 0,16 Prozent.

Sicherungseinrichtung

Die Sparda-Bank Südwest ist der BVR Institutssicherung GmbH und der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 13,2 Millionen Euro verbunden.

4. Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Das Geschäftsjahr 2017 war trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein erfolgreiches Jahr mit starkem Wachstum der Kundeneinlagen. Aufgrund des positiven Geschäftsverlaufs konnte ein zufriedenstellendes Jahresergebnis erzielt werden. Der Provisionsüberschuss lag auf hohem Niveau nahezu auf Vorjahreswert.

Die geplanten Verwaltungskosten waren gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Die Bilanzsumme stieg um 2,1 Prozent auf 9,625 Milliarden Euro. Die Entwicklung der Ertragslage sowie die Neubildung von Reserven haben zu einer Stärkung der Eigenkapitalbasis beigetragen. Vom Jahresüberschuss werden 10,6 Millionen Euro den Rücklagen zugewiesen.

III. Erklärung zur Unternehmensführung

Gemäß § 289 f Abs. 2 Nr. 4 HGB haben Vorstand und Aufsichtsrat der Sparda-Bank Südwest für den Frauenanteil im Unternehmen Zielgrößen festgelegt, die bis 30. Juni 2019 zu erreichen sind.

Zu erreichender Frauenanteil	Bis 30.06.2019
Im Aufsichtsrat	13 %
Im Vorstand	25 %
In der 1. Führungsebene unterhalb des Vorstands	33 %
In der 2. Führungsebene unterhalb des Vorstands	23 %

Die bisherigen Zielgrößen mit Zielerreichungsfrist 30. Juni 2017 wurden sowohl im Vorstand als auch in der 1. und 2. Führungsebene unterhalb des Vorstands erreicht. Im Aufsichtsrat wurde die Zielgröße von 13 Prozent zum 30. Juni 2017 unterschritten. Am 22. Juni 2017 fand im Rahmen der Vertreterversammlung die Aufsichtsratswahl statt. Für die aus Altersgründen aus dem Aufsichtsrat ausscheidende Frau Gabriele Pirierros wurde Herr Ruben Schölles in den Aufsichtsrat gewählt.

IV. Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagementsystem, Ziele und Methoden der Bank

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung versteht sich das Risikomanagement als System der aktiven Einflussnahme auf die Ertrags-, Vermögens- und Risikolage der Sparda-Bank Südwest. Neben der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet ein komplexes Planungs- und Controllingsystem die jederzeitige Risikotransparenz. Die laufende Entwicklung der Bilanzstruktur, der Ertragslage und der sich aus verändernden Zinsstrukturen ergebenden Risiken wird regelmäßig überwacht.

Die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems der Bank ist bestimmt durch die Geschäfts- und Risikostrategie, die in regelmäßigen Abständen überprüft wird.

Im Rahmen einer jährlichen Risikoinventur identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert die Bank ihre Risiken und legt die für sie wesentlichen Risiken fest. Diese Ergebnisse werden im Risikohandbuch dokumentiert.

Durch monatlichen Soll-Ist-Abgleich der Bilanzpositionen sowie der Aufwands- und Ertragsgrößen werden klare Informationen gewonnen. Daraus werden die notwendigen Steuerungsimpulse abgeleitet. Steuerungsimpulse ergeben sich zum Beispiel durch monatliche Ertragsvorschaurechnungen sowie durch die Bewertung der Risikolage der Bank.

Die strategische Stabsstelle Controlling gibt hierzu Handlungsempfehlungen heraus. Diese werden im Rahmen der Sitzungen des Aktiv-Passiv-Ausschusses der Bank bewertet und durch den Vorstand genehmigt.

Nach Entscheidung durch den Vorstand zu Transaktionen in den Eigenanlagen, zur Durchführung von Sicherungsgeschäften oder zum Einsatz von Finanzinstrumenten werden diese von der Abteilung Handel umgesetzt. Dabei hat die Bank sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregeln sowie eingeräumter Risikolimits getätigt werden.

Die Ziele der Bank sind, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, die Begrenzung und Beherrschung der Risiken, das qualitative und ertragsorientierte Wachstum sowie der Erhalt und die weitere Verbesserung des ausgewogenen Verhältnisses zwischen Kosten und Erlösen. Damit soll sichergestellt werden, dass weiterhin strategisch erforderliche Investitionen durchgeführt werden können, eine marktgerechte Dividende an die Mitglieder ausgeschüttet wird und eine hinreichende Risikovorsorge erfolgen kann.

Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte hat die Bank durch ein internes Limitsystem begrenzt. Die Risikopolitik der Bank ist in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie in weiteren Teilstrategien festgelegt und wird im Risikobereich dokumentiert.

Neben allgemeinen Risikofaktoren (zum Beispiel Konjunkturschwankungen, neue Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstige sich verändernde Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken, die sich insbesondere in Form von Adressausfallrisiken (Kundenkredite und Handelsgeschäfte) und Marktpreisrisiken (Zinsänderungs-, Währungs- und Kursrisiken), Liquiditäts- und operationellen Risiken zeigen.

Aus der Risikotragfähigkeitsberechnung wurden zum 31. Dezember 2017 Gesamtlimite in Höhe von 231,0 Millionen Euro im Worst-Case-Szenario abgeleitet. Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Risikoarten:

Adressausfallrisiken	106 Mio. EUR
Marktpreisrisiken	106 Mio. EUR
Sonstige Risiken	19 Mio. EUR

Unter der Sparte Sonstige Risiken werden unter anderem die Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken erfasst, die per 31. Dezember 2017 rund 63,2 Prozent des eingeräumten Limits von 19,0 Millionen Euro beanspruchten.

Adressausfallrisiken

Der Schwerpunkt des Kreditgeschäftes liegt satzungsbefugt im Privatkundengeschäft. Dabei sind große Teile des Kundenkreditvolumens grundpfandrechtlich gesichert und breit gestreut. Beim überwiegenden Anteil der beliehenen Objekte handelt es sich um eigengenutzte Wohnimmobilien. Die finanzierten Objekte befinden sich geographisch überwiegend im Geschäftsgebiet der Sparda-Bank Südwest. Die Kenntnis des regionalen Marktes gewährleistet eine zuverlässige Werteinschätzung der als Sicherheit beliehenen Immobilien. Ein größeres Adressausfallrisiko aus Kundenforderungen erwartet die Bank daher nicht.

Zur Abschirmung von latenten Kreditrisiken steht der Bank ein ausreichendes Risikodeckungspotential zur Verfügung.

Im Bereich der Eigenanlagen werden die Adressrisiken separat gemessen. Dabei werden sowohl Ausfall- als auch Migrations- und Spreadrisiken berücksichtigt. Die Risikomessung erfolgt mittels Szenarioansatz.

Ein größeres Adressausfallrisiko erwartet die Bank für ihre Wertpapieranlagen nicht, da sie diese nur von Emittenten mit guter Bonität erwirbt. Zusätzlich ist auch hier ein umfangreiches Limitsystem implementiert.

Aufsichtsrechtlich werden die Ausfallrisiken durch die Vorschriften im Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung begrenzt, die von der Bank entsprechend eingehalten werden.

Die Limitauslastung im Adressrisiko belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 67,8 Prozent.

Marktpreisrisiken

Aufgrund der Geschäftsstruktur der Bank beziehen sich die Marktpreisrisiken überwiegend auf die sich verändernden Geld- und Kapitalmarktzinsen.

Die sich aus dem derzeitigen Aktivüberhang ergebenden Zinsänderungsrisiken lassen sich bei einem stärkeren Zinsanstieg durch die Aufnahme von Refinanzierungsmitteln oder den gezielten Einsatz von Finanzderivaten begrenzen. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, nach Lizenzerteilung durch die BaFin zur Pfandbriefbank auch Pfandbriefe zu emittieren. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken (Zinsänderungs-, Kurs- und Währungsrisiken) hat die Bank ein System eingerichtet, das die Risiken rechtzeitig erfasst und quantifiziert. Die Bank tätigt Direktanlagen und Passivgeschäfte ausschließlich in Euro. Innerhalb der Vermögensverwaltung der Spezialfonds können auch Geschäfte in Fremdwährung erfolgen. Die Risiken hieraus fließen in die Risikomessung des Spezialfonds ein.

Das Fremdwährungsrisiko ist im Bereich des Marktpreisrisikos integriert.

Zinsänderungsrisiken können sich durch Inkongruenzen bezüglich der Zinsbindung bzw. aufgrund unterschiedlicher Zinselastizitäten bei Aktiv- und Passivpositionen ergeben.

Zur Steuerung setzt die Bank Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung hat sie Zinsswaps und Caps abgeschlossen.

Die Ermittlung und Beurteilung der Zinsänderungsrisiken erfolgt mit Hilfe von Simulationsrechnungen auf Grundlage verschiedener Zinsprognosen und barwertiger Berechnungen unter Berücksichtigung ausgewählter Zinsstrukturkurven.

Die Marktpreisrisiken der Eigenanlagen werden durch einen Szenarioansatz gemessen, der den spezifischen Risiken der jeweiligen Assetklasse Rechnung trägt.

Die Marktpreisrisiken halten sich im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzungen und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Die Limitauslastung im Marktpreisrisiko belief sich zum 31. Dezember 2017 auf 75,8 Prozent.

Liquiditätsrisiken

Zur Begrenzung von Liquiditätsrisiken findet eine laufende Liquiditätsplanung und -überwachung statt.

Die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinsichtlich der Liquidität der Kreditinstitute erfüllt die Bank deutlich, so dass sich keine nennenswerten Abruf- und Terminrisiken erkennen lassen. Zur Deckung eines kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs stehen der Sparda-Bank Südwest die DZ BANK als Zentralbank und andere Partner zur Verfügung.

Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken definiert die Bank die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens in internen Verfahren und Systemen, durch Fehler von Mitarbeitern oder aufgrund externer Einflüsse eintreten.

Operationelle Risiken sind zum Beispiel Betriebsrisiken, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs-, Diebstahl- und Datenverarbeitungsrisiken. Das innerbetriebliche Überwachungssystem (zum Beispiel interne Revision, Organisationshandbuch und Kontrollen) trägt dazu bei, diese Risiken zu identifizieren und zu begrenzen. Die Bank misst operationelle Risiken anhand der Kriterien Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliche Schadenshöhe über alle Bereiche und führt in diesem Zusammenhang eine Schadensdatenbank, die sich an den Vorgaben der Solvabilitätsverordnung orientiert.

Versicherbare Gefahrenpotentiale hat die Bank durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgeschirmt.

Der Kundendienst für das Beschwerde- und Qualitätsmanagement ist bei der Bank zentral organisiert. Organisatorische und/oder personelle Schwachstellen werden so permanent analysiert. Sofern erforderlich, werden entsprechende Maßnahmen darauf aufbauend eingeleitet.

Risiken aus Auslagerungen

Verschiedene Tätigkeiten im Geschäftsbetrieb der Sparda-Bank Südwest werden durch externe Dienstleister erbracht. Diese Auslagerungen betreibt sie auf Basis ordnungsgemäßer Verträge, deren Einhaltung permanent überwacht wird. Potentielle Risiken steuert die Bank mittels eines Risikomanagementsystems.

Risikobewertung

Ein entsprechendes Risikoüberwachungssystem ist aufgebaut.

Die dargestellten Risiken werden laufend beobachtet und sind nach Einschätzung der Sparda-Bank Südwest nicht dazu angelegt, die künftige Entwicklung der Bank nachhaltig negativ zu beeinträchtigen.

Im Risikomanagementsystem der Bank werden alle wesentlichen Risiken erfasst und bewertet. Die Risikotragfähigkeit war im Jahr 2017 jederzeit gegeben.

V. Voraussichtliche Entwicklung mit wesentlichen Chancen und Risiken

Gestützt durch die Ergebnisse des strategischen Planungsprozesses hat die Sparda-Bank Südwest das Ziel, ihre Marktposition in allen relevanten Geschäftsfeldern auszubauen.

Nach wie vor ist die Sparda-Bank Südwest konsequent auf das Privatkundengeschäft ausgerichtet. Sie hat das Ziel, ihren Mitgliedern im Sinne des genossenschaftlichen Förderauftrags eine preisgünstige Betreuung und gute Konditionen bei Geldanlagen und Krediten anzubieten. Der Schwerpunkt der Vertriebsaktivitäten liegt dabei auch in Zukunft neben dem Girokonto, auf der Finanzierung von privatem Wohneigentum.

Nachdem im Jahr 2017 ein Rückgang der Kundenforderungen zu verzeichnen war, plant die Bank für das Jahr 2018 wieder ein Wachstum. Ein deutlicher Anstieg der Kreditzusagen wird im Bereich „Kreditvermittlungsplattformen“ erwartet. Die Bank geht von einem Wachstum in 2018 in Höhe von 50 Millionen Euro und ab 2019 in Höhe von 100 Millionen Euro aus. Seit Mitte 2017 sind die laufenden Sondertilgungen rückläufig, auch diese Komponente wirkt sich positiv auf die Wachstumsannahme aus.

Ähnlich dem Jahr 2017 werden die Kundenverbindlichkeiten aufgrund der Situation am Kapitalmarkt voraussichtlich wachsen. Das zinsabhängige Kundengeschäft ist für die Sparda-Bank Südwest von grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung. Stabile Margen sichern hierbei den Zinsüberschuss.

Durch die Aktivität im Kreditgeschäft ergeben sich weitere Vertriebsansätze in Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern. So werden von unseren Kunden beispielsweise Bausparverträge und Produkte zur Kreditabsicherung nachgefragt. Dies gewährleistet eine Sicherstellung des geplanten Provisionsergebnisses.

Wachstum und zufriedenstellende Ertragslage

Es wird auch zukünftig ein harter Wettbewerb unter den Banken um das Geschäft mit dem Privatkunden herrschen. Dabei werden Werte als Entscheidungskriterium für den Kunden, neben guten Konditionen, immer wichtiger. Vertrauen spielt bei Anlageentscheidungen und der Erfüllung des Traums von den eigenen vier Wänden eine große Rolle. Mit ihrem Geschäftsmodell und ihrer Kunden- und Produktphilosophie ist die Sparda-Bank Südwest dafür gut aufgestellt.

Für 2018 und 2019 rechnet die Sparda-Bank Südwest weiterhin mit einer positiven Absatzentwicklung in der Baufinanzierung und bei den Konsumentendarlehen. Außerdem soll der Marktanteil bei den Girokonten durch Bestandskundenpflege und die Gewinnung von Neukunden erhöht werden.

Für den Einlagenbereich erwartet die Bank bei anhaltender Niedrigzinsphase einen weiteren, wenn auch nicht mehr so starken Anstieg der Tagesgelder und kurzfristigen Anlagen.

Die Sparda-Bank Südwest geht davon aus, dass der Wettbewerb um Kundeneinlagen weiter zunehmen wird, und rechnet 2018 mit leicht steigenden Zinsen sowohl am Geldmarkt wie auch an den Kapitalmärkten. Auch im Jahr 2019 geht die Bank von leicht steigenden Zinsen aus – mit denen man sich jedoch weiterhin im Niedrigzinsniveau befinden wird – und hat sich entsprechend positioniert.

Sowohl eine inverse Zinsstruktur als auch eine flache Zinsstruktur würden sich auf die Ertragslage der Bank in den nächsten beiden Jahren negativ auswirken. Auch eine konstante Zinsentwicklung würde einen Rückgang der Ertragslage bedeuten. Abhängig vom Eintritt der hinterlegten Zinsszenarien entwickelt sich der Zinsüberschuss in einer Bandbreite von 100 bis 125 Millionen Euro.

Beim Provisionsüberschuss rechnet die Bank mit einem nahezu konstanten Ergebnis gegenüber dem Vorjahr, bei den Verwaltungsaufwendungen mit einer steigenden Kostenentwicklung.

Für das Jahr 2019 plant die Bank einen Wechsel des Rechenzentrums SDV zur Fiducia GAD AG. Die Vorstudie wurde Ende 2017 beendet und der Wechsel wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat der Bank verabschiedet. Für die Jahre 2018 und 2019 rechnet die Bank durch die Migration mit steigenden Kosten.

Auch in einem schwierigen Marktumfeld ist nach derzeitiger Planung eine Zuführung weiterer Reserven zur Erfüllung der Basel-III-Anforderungen gewährleistet. Die Sparda-Bank Südwest hat einen in die Zukunft gerichteten Kapitalplanungsprozess implementiert, um Abweichungen hiervon frühzeitig erkennen zu können.

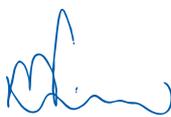
Insgesamt erwartet die Sparda-Bank Südwest für die Jahre 2018 und 2019 Ergebnisse, die ihren genossenschaftlichen Förderauftrag gewährleisten.

Mainz, den 15. Februar 2018

Der Vorstand



Hans-Jürgen Luchtenborg
Vorstandsvorsitzender



Michael Becky
Stellv. Vorstandsvorsitzender



Manfred Stang



Karin Schwartz

Den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Jahresüberschusses (Bilanzgewinn) finden Sie im Anhang auf Seite 53.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies umfasste auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG. Weiter hat der Aufsichtsrat den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289 b HGB geprüft.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßigen Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Risikosituation, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Im Jahr 2017 hat der Aufsichtsrat insgesamt 15 Sitzungen abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten die geschäftliche Entwicklung sowie die Risikosituation der Bank. Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Kreditausschuss, einen Vergütungskontrollausschuss, einen Nominierungsausschuss, einen Risikoausschuss und zwei Prüfungsausschüsse gebildet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufwichtsrats.

Der vorliegende Jahresabschluss 2017 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

In diesem Jahr scheidern turnusgemäß die Herren Karl Born, Ralf Damde und Erhart Theuermeister aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats ist zulässig.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand, den Mitarbeiterinnen und den Mitarbeitern seinen Dank für die geleistete Arbeit aus.

Mainz, den 30. Mai 2018

Der Aufsichtsrat



Helmut Trierweiler
Aufsichtsratsvorsitzender

I. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			69.731.620,00		78.727
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			34.771.738,07		38.820
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	34.771.738,07				(38.819)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	104.503.358,07	–
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen			–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–				(–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			1.297.382.990,07		1.007.364
b) andere Forderungen			170.294.906,61	1.467.677.896,68	205.873
4. Forderungen an Kunden				6.457.923.215,09	6.541.341
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	4.327.918.976,44				(4.402.216)
Kommunalkredite	–				(–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten		–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		55.092.017,43			76.105
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	55.092.017,43				(76.105)
bb) von anderen Emittenten		451.635.078,70	506.727.096,13		405.396
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	451.635.078,70				(405.396)
c) eigene Schuldverschreibungen			–	506.727.096,13	–
Nennbetrag	–				(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				983.430.069,84	958.139
6a. Handelsbestand				–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			30.058.613,08		30.059
darunter:					
an Kreditinstituten	27.515.348,39				(27.515)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			9.612.070,00	39.670.683,08	8.868
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	4.900.050,00				(4.900)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				2.105.564,59	10.406
darunter:					
an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
9. Treuhandvermögen				391.421,78	511
darunter: Treuhandkredite	391.421,78				(511)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			368.979,08		455
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	368.979,08	–
12. Sachanlagen				28.089.893,63	33.872
13. Sonstige Vermögensgegenstände				31.613.440,02	31.221
14. Rechnungsabgrenzungsposten				2.183.819,12	2.836
15. Aktive latente Steuern				–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				–	–
Summe der Aktiva				9.624.685.437,11	9.429.993

Passivseite			Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			63.695,22	83
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			801.206.719,31	996.206
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.815.198.047,25			1.806.638
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	6.473.523,88	1.821.671.571,13		32.056
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	6.250.756.283,84			5.759.814
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	33.018.277,92	6.283.774.561,76	8.105.446.132,89	91.851
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			-	-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-			(-)
3a. Handelsbestand			-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			391.421,78	511
darunter: Treuhandkredite	391.421,78			(511)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			6.536.643,11	8.474
6. Rechnungsabgrenzungsposten			141.239,59	155
6a. Passive latente Steuern			-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			49.570.913,31	45.749
b) Steuerrückstellungen			208.569,00	182
c) andere Rückstellungen			27.351.914,89	77.131.397,20
8. ...			-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			-	10.455
10. Genussrechtskapital			-	40.240
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig				(40.240)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			152.649.714,00	149.650
darunter: Sonderposten n. § 340 e Abs. 4 HGB	129.714,00			(130)
12. Eigenkapital				
a) Gezeichnetes Kapital			156.023.348,00	144.312
b) Kapitalrücklage			35.285.275,31	35.285
c) Ergebnisrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	45.764.803,13			44.246
cb) andere Ergebnisrücklagen	228.912.459,97			219.502
cc)	-	274.677.263,10		-
d) Bilanzgewinn			15.132.587,60	481.118.474,01
Summe der Passiva			9.624.685.437,11	9.429.993
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			119.710.269,02	122.376
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	119.710.269,02
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			327.391.697,57	327.391.697,57
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften				(-)

II. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		210.002.362,44			233.550
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		5.392.175,69	215.394.538,13		8.446
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	2.280.514,34				(2.395)
2. Zinsaufwendungen			-110.290.714,49	105.103.823,64	-127.833
darunter: erhaltene negative Zinsen	-				(186)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		21.947.029,09			10.221
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		845.572,99			1.030
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		153.104,23	22.945.706,31		-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge		44.903.600,05			45.499
6. Provisionsaufwendungen		-9.740.794,57	35.162.805,48		-9.229
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				8.318.459,33	7.175
9. ...				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-39.847.088,44			-40.911
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-11.022.861,44	-50.869.949,88		-9.371
darunter: für Altersversorgung	-4.320.607,18				(-2.700)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-54.680.236,96	-105.550.186,84	-56.208
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-5.053.533,82	-5.117
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-8.469.839,26	-10.067
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	-2.955.109,52				(-2.610)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-21.429.212,63		-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-	-21.429.212,63	18.405
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-		-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			-	-	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18. ...				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				31.028.022,21	65.590
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen			-867.877,45		-
22. Außerordentliches Ergebnis				-867.877,45	(-)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-11.977.065,22		-18.791
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-50.491,94	-12.027.557,16	-69
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-3.000.000,00	-31.600
25. Jahresüberschuss				15.132.587,60	15.130
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr					-
				15.132.587,60	15.130
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			-		-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			-		-
				15.132.587,60	15.130
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			-		-
b) in andere Ergebnisrücklagen			-		-
29. Bilanzgewinn				15.132.587,60	15.130

III. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda-Bank Südwest eG, Mainz, ist beim Amtsgericht Mainz unter der Genossenschaftsregister-Nummer 205 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

In der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Forderungen

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem höheren Nennwert und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag im passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ist. Der Unterschiedsbetrag wird zinsanteilig aufgelöst.

Die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und unversteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Soweit die Gründe für die in Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst.

Die Ermittlung der unversteuerten Pauschalwertberichtigungen erfolgte in Anlehnung an den Erlass der Finanzverwaltung auf Grundlage der Ausfallmethode.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert bilanziert. Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Bei den einfach strukturierten Produkten mit Forderungscharakter (callables) erfolgte für die Bilanzierung keine Aufspaltung. Die Produkte wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Komplex strukturierte Produkte lagen nicht vor.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaftsbanken sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu Anschaffungskosten bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 410 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere bei den Positionen Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Sachanlagen, sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen und Fonds für allgemeine Bankrisiken gegenüberstehen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Unterschiedsbeträge zwischen dem Rückzahlungsbetrag einer Verbindlichkeit und dem niedrigeren Ausgabebetrag wurden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig über die Laufzeit verteilt.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde.

Als Lohn- und Gehaltstrend für die Pensionsrückstellungen werden 2,48 Prozent und als Rententrend 2,00 Prozent angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2017 ermittelten Zinssatzes mit 3,68 Prozent.

Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 9.247.892,00 EUR.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 19.030.764,07 EUR.

Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 18.992.201,05 EUR.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv/Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2017 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßige Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme enden.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2017 in Höhe von 327.391.697,57 EUR betreffen 327.391.697,57 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Bei Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurde die gezahlte Prämie über die Laufzeit verteilt, sofern diese zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken dienen.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zu- gänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	1.786.718	7.769	-	a) - b) -	1.794.487	368.979	455.202
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	29.273.152	103.946	-	a) 8.880.310 b) -	20.496.788	10.240.715	15.366.707
b) Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	68.657.571	4.099.044	-	a) 2.504.794 b) -	70.251.821	17.849.178	18.505.281
a	99.717.441	4.210.759	-	a) 11.385.104 b) -	92.543.096	28.458.872	34.327.190

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund von Zugängen (ohne Ab- schreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund von Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund von Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanz- stichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	1.331.516	-	-	-	93.992	-	1.425.508
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	13.906.445	-	4.593.055	-	942.683	-	10.256.073
b) Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	50.152.290	-	1.578.821	-	4.016.859	187.685	52.402.643
a	65.390.251	-	6.171.876	-	5.053.534	187.685	64.084.224

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	329.887.972	20.716.102	350.604.074
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	38.926.683	744.000	39.670.683
Anteile an verbundenen Unternehmen	10.405.565	-8.300.000	2.105.565
b	379.220.220	13.160.102	392.380.322

Summe a und b

478.937.661

420.839.194

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind **1.418.736.626** EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	–	124.152.162	35.330.455	–
Forderungen an Kunden (A 4)	99.356.093	316.295.824	1.716.045.322	4.263.336.215

In den Forderungen an Kunden sind **62.889.761** EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr **197.772.927** EUR fällig.
- In den Forderungen, Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	–	–	1.418.736.626	1.124.119.702
Forderungen an Kunden (A 4)	–	–	100	68.340

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§1 Abs. 10 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als zehn Prozent:

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Renditeerwartung	926.985.774	951.328.472	24.342.698	20.735.817	Ja

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesell- schaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	Prozent	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda-Grundstücksverwaltungs-Geschäfts- führungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	100	2017	200.009	2017	–858
b) Sparda-Grundstücks-Service Gesellschaft mbH & Co. KG, Saarbrücken	100	2017	1.906.945	2017	–34.892
c) SpardaWertpapierService GmbH i. L., Mainz	100	2017	233.104	2017	148.418

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs. 5 HGB i. V. m. § 296 Abs. 2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	Prozent	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ BANK AG, Frankfurt am Main	0,20	2016	10.256.000.000	2016	326.000.000
b) Sparda-Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	12,50	2016	5.081.464	2016	1.001.255
c) Sparda TelefonService GmbH & Co. KG, St. Ingbert	25,00	2017	3.851.620	2017	367.969
d) Sparda-Consult GmbH, Nürnberg	16,99	2016	828.440	2016	-54.824

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig EUR	börsennotiert EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	506.727.093	461.660.351	45.066.742	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	55.902.841	–	55.902.841	–

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
– Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	9.766.448
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.849.178

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Rückdeckungsversicherung der DEVK	14.205.430
Provisionsforderungen	4.601.125
Steuererstattungen	9.048.235
SDV eG	2.785.283

- Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind **9.814** EUR Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten (Vorjahr: **13.525** EUR) enthalten.

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten – Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 3 Forderungen gegenüber Kreditinstituten	31.137.885	31.137.885
A 6 Aktien und andere nicht festverzins. Wertpapiere	10.346.649	10.361.832

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind **801.041.135** EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	18.061.786	21.336.157	210.730.046	551.078.730
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2 ab)	2.674.942	1.826.518	1.783.107	188.957
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2 bb)	7.697.732	8.882.346	15.361.186	1.077.014

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuerverbindlichkeiten	1.232.359
Verbindlichkeiten aus Mastercard-Abrechnungen	1.068.501

- Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von **29.279** EUR (Vorjahr: **42.646** EUR) enthalten.

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von **10.219** EUR an.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	–	–	801.041.135	996.001.436
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	2.255.105	10.713.660	1.038.772	912.659

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR
Geschäftsguthaben	152.749.168
a) der verbleibenden Mitglieder	2.854.748
b) der ausscheidenden Mitglieder	419.432
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	–
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR –

- Die Ergebnismrücklagen und die Kapitalrücklage haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR	Kapitalrücklage EUR
Stand 1. Januar 2017	44.245.740	219.502.460	35.285.275
Einstellungen			
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	1.519.063	9.410.000	–
Stand 31. Dezember 2017	45.764.803	228.912.460	35.285.275

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

3,000 Prozent Dividende auf Geschäftsguthaben	4.508.023,84
Gesetzliche Rücklage	1.513.723,73
Andere Ergebnismrücklagen	9.110.840,03
Insgesamt	15.132.587,60

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank
 - sind die folgenden Eventualverbindlichkeiten (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung:

Art der Eventualverbindlichkeit	EUR
Offene Treuhandvereinbarungen	114.672.046

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte (§ 36 RechKredV) folgender Art:

Zinsswaps und Zinsbegrenzungsvereinbarungen in Höhe von 1.980.000 TEUR (Adressrisiko 29.269 TEUR) wurden zu Absicherungszwecken abgeschlossen. Sie dienen insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos und zur Vermeidung der Risiken, die sich aus Marktpreisschwankungen ergeben. Auf eine Marktbewertung wurde daher verzichtet.

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exklusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbestand), zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Die Adressenausfallrisiken sind als ungewichtete Kreditrisikoäquivalente/risikogewichtete KSA-Positionswerte entsprechend den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalvorschriften angegeben.

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	≤ 1 Jahr	> 1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	190,0	1.220,0	570,0	1.980,0	-124,0	29,3

Die Zinsswaps und Zinsbegrenzungsvereinbarungen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Das den Geschäften innewohnende „Adressenrisiko“ wurde auf der Grundlage der Berechnung der Kapitaläquivalente der Gesamtziffer ermittelt und mit dem für den Vertragspartner zuzurechnenden Gewichtungssatz angegeben.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1a. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren (inkl. Zinsabgrenzung)	83.167.414
1a. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verpfändung von Barvermögen	78.000.000

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden erbracht:

Vermittlung von Investmentfonds, Bausparverträgen und Versicherungsverträgen, Krediten und Sparverträgen

E. Sonstige Angaben

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebener auf **1.720.937 EUR**.
- Von der Möglichkeit des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31. Dezember 2017 Pensionsrückstellungen in Höhe von **25.839.750 EUR**.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	709.296
Mitglieder des Aufsichtsrats	602.844

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehöri- gen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von **13.212.528,00 EUR**.

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und im Bundesanzeiger/ auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2017 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	445,90	226,40
Gewerbliche Mitarbeiter	0,20	–
	446,10	226,40

Außerdem wurden durchschnittlich **55,30** Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2017	511.452	2.717.693	141.320.036
Zugang 2017	15.661	282.756	14.703.312
Abgang 2017	14.220	62.965	3.274.180
Ende 2017	512.893	2.937.484	152.749.168

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	11.429.132	
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	EUR	11.429.132	
Höhe des Geschäftsanteils	EUR 52	Höhe der Haftsumme	EUR 52

• **Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:**

Verband der Sparda-Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

• **Mitglieder des Vorstands:**

Hans-Jürgen Lüchtenborg	Vorsitzender	Geschäftsleiter
Michael Becky		Geschäftsleiter
Manfred Stang		Geschäftsleiter
Karin Schwartz		Geschäftsleiterin

• **Mitglieder des Aufsichtsrats:**

Helmut Trierweiler	Vorsitzender	Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt
Uwe Gohr	Stellv. Vorsitzender	Bankkaufmann
Hugo Müller	Stellv. Vorsitzender	Polizeidirektor
Karl Born		Leitender Regierungsdirektor
Ralf Damde		Angestellter
Michael Hattemer		Bankkaufmann
Thomas Huck		Versicherungsregionaldirektor
Ulrich Möhler		Nachrichtenredakteur
Wolfgang Pfaff		Bankkaufmann
Gabriele Pirierros	(bis 22.06.2017)	Dipl.-Verwaltungsbetriebswirtin
Pia Puhl		Dipl.-Betriebswirtin
Reinhold Rüdesheim		Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt
Ernst Scharbach		Polizeidirektor
Michael Schneider		Bankkaufmann
Ruben Schölles	(ab 22.06.2017)	Bankkaufmann
Erhart Theuermeister		Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt
Karl-Josef Jerono	(Ehrenmitglied)	Bundesbahnoberamtsrat

Mainz, den 15. Februar 2018

Sparda-Bank Südwest eG

Der Vorstand



Hans-Jürgen Lüchtenborg
Vorstandsvorsitzender



Michael Becky
Stellv. Vorstandsvorsitzender



Manfred Stang



Karin Schwartz

Anlage zum Jahresabschluss

gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2017 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank Südwest eG, Mainz, hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Südwest eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Südwest eG, Mainz, definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands/und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2017 171.531 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 643.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 30.160 TEUR.

Die Steuern betragen 11.977 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Sparda-Bank Südwest eG, Mainz, hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Südwest eG, Mainz

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Südwest eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember

2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 6.458 Mio. EUR. Dies entspricht 67,1 Prozent der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.

c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Die sonstigen Informationen umfassen zudem

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Davon werden uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt:

- der gesonderte nichtfinanzielle Bericht nach den §§ 289b bis 289e HGB,
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder ins-

gesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 36 Abs. 1 Satz 1 WpHG a.F.,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 30. Mai 2018

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i. V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgeber

Sparda-Bank Südwest eG

Entwurf

acpress, Wadgassen

Fotos

Basketballclub Anhausen-Thalhausen

Bernward Bertram/Martina Pipprich

BLIM GmbH

iStock/Willie B. Thomas/Tempura

Sparda Werbebox

Stefan Sämmer

Torsten Zimmermann

Geschäftsbericht 2017

Sparda-Bank Südwest eG

Sparda-Bank Südwest eG
Robert-Koch-Straße 45
55129 Mainz
www.sparda-sw.de
kontakt@sparda-sw.de

Gemeinsam mehr als eine Bank.

Sparda-Bank

